Befreiung von allen politischen Fesseln, die ihm ein ungerechtes Diktat geschlagen hat. Die deutsche Außenpolitik ist noch nicht dort angekommen, wo sie etwa meinen könnte, nach getaner Arbeit zu verweilen — im Gegenteil: der Young-Plan darf nicht Abschluß sein, er muß den Ausgangspunkt bilden für eine aktivierte Außenpolitik — und ihre Methoden müssen besser sein.

*

Der Fraktionsredner des Zentrums, Dr. Brüning, hat in seiner übrigens durch ihr starkes Ethos mit Recht allgemein beachteten Schlußrede zur dritten Lesung des Young-Planes gesagt: „Wenn man einen Kampf geführt hat, der nicht mit einem entscheidenden Erfolge ausgegangen ist, so kommt es darauf an, noch an demselben Tage den Mut zu haben, die Dinge so anzulegen, daß die nächste Etappe für uns eine glücklichere wird. Wir wünschten, daß die deutschen Politiker diesen Mut besäßen. Und wenn Dr. Brüning hinzufügt, daß wir für die Zukunft mit manchen Methoden und Hoffnungen der Außenpolitik brechen müssen", so bedeutet das keine Aufgabe der grundsätzlichen Linie der Verständigung — bestimmt aber die Loslösung von manchen Illusionen, denen wir uns zeitweise zu hoffnungsfreudig hingegeben haben. Was wir wollen, ist, daß wir uns der Realitäten bewußt sind, mit denen wir stets zu rechnen haben, und daß wir unser eigenes Handeln so einrichten, daß wir diesen Realitäten auch begegnen können. Mit friedlichen Mitteln, aber mit der nötigen Vorbereitung. Ueber eine Tatsache dürfen wir uns freuen: das Rheinland ist befreit, und es wird niemanden im deutschen Volke geben, der nicht herzliche Genugtuung darüber empfände, daß das Restgebiet früher, als es hätte vertraglich geschehen müssen, von den Truppen freigegeben wird. Auch die Leidenszeit der dritten Zone wird in kürzester Frist beendet sein. Wir danken dem Rheinland für den Starkmut, mit dem es sein Schicksal ertragen hat. Seine Treue selbst zu dem unglücklichen Reich wird für alle Zeiten als ein leuchtendes Beispiel deutscher Gesinnung in die Geschichte des deutschen Volkes eingemeißelt sein. Trotz alledem bleibt auch hier noch ein Rest. Auch darauf hat der Zentrumsredner hingewiesen, daß die staatsrechtliche Gleichstellung des Rheinlandes mit dem übrigen Deutschland auch diesmal nicht erreicht worden ist. Es gilt also, nachdem Deutschland schon viele Etappen durchlaufen hat, noch manche andere nicht weniger schwierige zu durchlaufen. Ueber den Londoner Zahlungsplan und den Dawesplan kamen wir zum Young-Plan. Ueber Genua, Cannes, Genf ging es nach Locarno. Zähigkeit, Ausdauer und Geduld werden uns auch künftig begleiten müssen. Entscheidend aber ist, von was für einem Geist die Völker beseelt sein werden. Nach zehn schweren Jahren wird um uns herum nicht abgerüstet, sondern aufgerüstet. Wir warten vergeblich auf die Tat eines mutigen Staatsmannes.

*

Die Annahme des Young-Planes aber würde ebenso nutzlos sein, wenn wir nicht auch auf innenpolitischem Gebiet nunmehr mit aller Entschlossenheit die notwendigen Folgerungen ziehen. Auch hier ist das Wort von der neuen Aera durchaus angebracht. Es war wirklich keine Taktik — wie man es immer noch in anderen Parteien hinzustellen beliebt — daß das Zentrum immer wieder darauf gedrungen hat, daß jetzt endlich die Voraussetzungen für eine gesunde Steuer- und Wirtschaftspolitik geschaffen werden müssen. Diese Haltung des Zentrums war geboren aus tiefster staatspolitischer Verantwortung. Es ist doch wirklich so, daß es um mehr geht als nur um den Etat und ein Finanzprogramm. Es geht um die Frage, ob das Parlament selbst die Kraft aufzubringen vermag für die Reformen, die in staatspolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht getroffen werden müssen. Wir sind uns ganz klar darüber, daß darunter auch Maßnahmen sein werden, die in diesem Lager auf Kritik stoßen und in jenem Lager abgelehnt werden. Es kommt aber nicht darauf an, daß Maßnahmen populär sind, sondern daß sie richtig sind. Wenn wir der neuen durch den Young-Plan bestimmten außenpolitischen Lage Rechnung tragen wollen, müssen wir eine Wirtschaftspolitik treiben, die unsere Kapitalbildung weitgehend fördert, eine Steuerpolitik, die diesem Gesichtspunkt Rechnung trägt, und eine Haushaltspolitik, die so sparsam ist, daß wir endlich aus dem Defizit herauskommen. Dabei steht für uns ganz außer Frage, daß die sozialen und kulturellen Bedürfnisse unseres Volkes eine so angemessene Berücksichtigung finden müssen, daß Körper und Geist, die Kraftquellen jedes Volkes, gesund erhalten werden. Deutschland leidet unter einer starken Arbeitslosigkeit, Deutschland leidet unter einer Agrarkrise, die verhängnisvoll zu werden droht. Wenn das Parlament zögert oder wenn es nicht den Mut aufbringt, größte Verantwortung zu tragen, dann werden sich, um auch hier wieder mit Dr. Brüning zu sprechen, in der Tat „die starken Zweifel an diesem System und seinen Möglichkeiten durch das ganze Land fortpflanzen". Niemals war ein Appell an die Parteien dringender als jetzt, und wir danken es dem Reichspräsidenten, daß er in seinem schlichten, aber um so wirksameren Aufruf das ganze deutsche Volk zu entschlossener praktischer Arbeit aufgerufen hat. „Die Gesundung unserer Finanzen, die Besserung unserer gesamten Wirtschaft und [illegible] die Beseitigung der ungeheuren Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die Linderung der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft und die Wiederherstellung ihrer Rentabilität"; das ist das Ziel. Gegen die deutsche Zwietracht und für den inneren Aufbau hat der Reichspräsident von Hindenburg seine Stimme erhoben. Wenn die Parteien sich weiter in kleinlichem Hader zerfleischen, kann weder ein Werk zustandekommen, noch der Gedanke der Demokratie gefördert werden.

Auch in der Innenpolitik werden wir mit manchen Methoden brechen und vielleicht auch manche Wege ändern müssen, wenn wir vorwärts kommen wollen. Das Parteigezänk ist das Volk müde. Es will, daß jetzt eine wirklich großzügige Aufbauarbeit begonnen und geleistet wird, und daß diese Arbeit nicht scheitert an den Schranken, die von der Nur-Parteipolitik gezogen werden. Es ist wahr, daß alle Schichten des Volkes voneinander abhängig sind und daß sie alle zusammen in dem großen Arbeitsprozeß eine werteschaffende Harmonie bilden, ganz gleich, ob sie es wollen oder nicht. Schalten wir die kleinliche Interessenpolitik aus, überwinden wir den inneren Zwist, dann werden wir auch mit dem Youg-Plan den Weg zur heiß ersehnten Freiheit finden.

Die neuen Steuern

Die nächste Aufgabe des Reichstages — Dritte Lesung des Reichsministergesetzes

Berlin, 18. März.

Die neuen Steuergesetz-Entwürfe sind gestern dem Reichstage zugegangen. Es handelt sich um die Mineralwassersteuer, die Biersteuer-Erhöhung, die Zollerhöhungen für Benzin und Benzol sowie die Vorverlegung der Termine bei der Zucker- und Tabaksteuer. Die erste Beratung der vier Gesetzentwürfe sollte schon heute erfolgen, sie ist aber auf Mittwoch verschoben worden, weil nach der Geschäftsordnung eine Frist von 24 Stunden zwischen der Ueberreichung der Gesetzentwürfe und der ersten Beratung liegen muß.

In ein entscheidendes Stadium wird die Beratung der Steuergesetze also erst in der nächsten Woche treten, da Freitag und Sonnabend mit Rücksicht auf den Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim sitzungsfrei bleiben. Das Ergebnis dieses Parteitages wird für die weitere Behandlung der Vorlagen und überhaupt für die Gestaltung der weiteren Arbeit im Reichstag von größter Bedeutung sein.

•

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagssitzung stand die dritte Beratung des Reichsministergesetzes. Wortmeldungen lagen nicht vor. In der Einzelabstimmung wurden die kommunistischen Aenderungsanträge abgelehnt. Die Schlußabstimmung wurde auf Dienstag vertagt. Angenommen wurde die Ausschußentschließung, nach der zurücktretende Minister, die aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangen sind, nach Möglichkeit in für sie geeignete Reichsbeamtenstellen angestellt werden sollen.

Das Gesetz über Zuschüsse aus Reichsmitteln für die Ansiedlung von Landarbeitern wurde in zweiter und dritter Beratung nach kurzer Aussprache angenommen. — Der Gesetzentwurf zum Ausbau der Angestelltenversicherung (Stärkung der Selbstverwaltung, Verbesserung der Hinterbliebenenversorgung usw.) wurde dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung, die 15 Uhr beginnt, stehen die Schlußabstimmungen über das Republikschutzgesetz und über das Reichsministergesetz.

Der neue Reichswehr-Etat

Berlin, 18. März.

Der Reichsfinanzminister hat nunmehr den Reichshaushaltsplan nach der Ausgabenseite dem Reichsrat zugeleitet. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" erfährt, wird im Vorwort zum Haushalt des Reichswehrministeriums ausgeführt, daß sich die Forderungen des Reichswehrministers bei den Beratungen des vorjährigen Etats, es müsse sich hierbei um eine einmalige Klärung handeln, nicht verwirklichen lasse. Es war nicht möglich, die Zuschußsumme von 717 Millionen des Jahres 1928 wieder zu bewilligen. Der Gesamtzuschuß für 1930 kann nur auf 700 Millionen Reichsmark bemessen werden. **Das bedeutet für das Reichswehrministerium die Notwendigkeit, 35 Millionen Mark einzusparen.**

•

Beim Reichsheer sind Einsparungen u. a. eingetreten durch Einschränkung der Personalkosten im Ministerium. Die Verringerung des Personals des Reichswehrministeriums wird für 1930 eine Ersparnis von rund 420 000 Mark zur Folge haben. Beim Heeresverwaltungsamt ist die Zahl der Abteilungen um eine herabgesetzt worden. Weiter werden Ersparnisse erreicht durch organisatorische Verwaltungsmaßnahmen durch Bildung von Standortverwaltungen. Sie treten mit dem 1. April 1930 in Kraft. Die Durchführung wird zunächst Mehrkosten für bauliche Maßnahmen erfordern, während Ersparnisse sich hauptsächlich in der Folgezeit ergeben werden. Sie können daher erst im Haushaltplan für 1931 nachgewiesen werden. Die einmaligen Ausgaben für das Reichsheer müßten, nachdem sie für das Jahr 1929 um 19,4 Millionen gesenkt worden sind, für 1930 um 9,8 Millionen Reichsmark erhöht werden. Hiervon entfallen 6,3 Millionen auf Ergänzungen der infolge der vorjährigen Senkung bis auf ein unerträgliches Maß gesenkten Mittel für Waffen, Munition und Heeresgerät, 2,3 Millionen auf eine Neuforderung für den Ausbau der Landesbefestigungen und 1,2 Millionen für Bauten.

Für die Maßnahmen zur Verbesserung der Landesbefestigungen werden insgesamt 30 Millionen Reichsmark angefordert. Der angesetzte Betrag von 2,25 Millionen ist nur ein erster Teilbetrag. In der Erläuterung für diese Summe heißt es: Die gesicherte Grenzführung des Reiches im Osten erfordert im Anschluß an die vorhandenen Befestigungsanlagen besondere Maßnahmen, die nach Abschluß der auf Grund der Pariser Abmachungen vom Januar 1927 eingeleiteten Ermittelungen nunmehr in Angriff genommen werden müssen.

Bei den einmaligen Ausgaben werden für Schiffsbauten und Armierungen nur Fortsetzungsbauten für bereits genehmigte Neubauten in Höhe von insgesamt rund 42,2 Millionen Mark angefordert. Das sind gegenüber 1929 rund fünf Millionen Reichsmark mehr. Irgendwelche Bemerkungen über das Panzerschiff A, Ersatz „Lothringen" finden sich im Etat der Reichsmarine nicht.

Englands Friedenswille

Das erste Land der Admiralität gegen das Wettrüsten

„Kein Gegner"

London, 18. März.

Beim Abschluß der Erörterung des Marineetats im Unterhaus sagte der erste Lord der Admiralität, Alexander, seine Pflicht sei es, darauf zu achten, daß die Sicherheit des Landes unter den herrschenden Umständen gewahrt werde. **Er erinnere die Opposition daran, daß England im Gegensatz zu der Zeit vor dem Kriege jetzt nicht mit einem eventuellen Feind zu rechnen habe, und daß die vorige Regierung erklärt habe, es werde niemals versucht werden, gegen Amerika Kriegsschiffe zu bauen.** Er erinnere ferner an den Wechsel der politischen Lage, an die Förderung der politischen Sicherheit und die Pakte und Satzungen, die seit dem Kriege zwischen den Nationen abgeschlossen wurden. „Wir waren berechtigt, der Welt unseren Glauben an den Fortschritt zu zeigen, den die Nationen in dieser Richtung gemacht haben."

Zum Schluß betonte der Minister, daß kein Schritt unternommen werde, ohne **daß die Sachverständigen der Admiralität sich eingehend darüber geäußert hätten,** wenn natürlich auch die endgültige Entscheidung bei der Regierung liege.

•

„Times" meldet zur Flottenkonferenz: Gegenwärtig können die französischen Zahlen als die wichtigste Frage betrachtet werden, die der Konferenz vorliegt. Es wird zugegeben, daß in den Besprechungen zwischen Großbritannien und Amerika, zwischen Amerika und Japan und zwischen Großbritannien und Japan beträchtliche Fortschritte erzielt worden sind. **Formelle Vereinbarungen sind dagegen nicht zustande gekommen und sind auch nicht zu erwarten,** bevor es sich zeigt, ob sie Gegenstand eines Fünfmächteabkommens bilden können oder nicht.

In einem Leitartikel über die Lage auf der Flottenkonferenz sagt „Times": Der Patient, der schon im Sterben zu liegen schien, hat sich etwas erholt. Ob aber Aussicht auf völlige Genesung besteht, ist fraglich. Während Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan eine Anzahl ihrer ursprünglichen Pläne aufgegeben und Opfer gebracht haben, stehen die beiden lateinischen Länder sich noch ebenso gegenüber wie am Anfang. Italien beharrt nach wie vor auf Parität mit Frankreich. Eine allgemeine Parität würde aber für Frankreich Unterlegenheit im Mittelmeer bedeuten. Frankreich sucht sich vor dieser Gefahr zu schützen, indem es ein Programm von solcher Größe aufstellt, daß es Italien aus finanziellen Gründen unmöglich wäre, Schritt zu halten, besonders angesichts des Vorsprunges, den Frankreich bereits hat. Wenn beide Länder von ihrem Standpunkt nicht abgehen, besteht wenig Hoffnung auf ein Abkommen, das alle fünf Mächte einschließt.

Schurman über Hindenburg

Neuyork, 18. März. Zu Ehren des früheren amerikanischen Botschafters in Berlin, Schurman, fand gestern abend in der Carnegie-Hall eine von deutschamerikanischen Vereinen und sonstigen Körperschaften Neuyorks veranstaltete große Empfangsfeier statt. Die Redner feierten die Verdienste Schurmans als Botschafter und Brückenbauer zwischen Deutschland und Amerika.

Schurman erwiderte in einer längeren Rede, in der er u. a. erklärte, Reichspräsident von Hindenburg habe auf die Annahme des Youngplanes durch Deutschland einen großen und heilsamen Einfluß ausgeübt. Er habe sich damit von neuem als loyaler Unterstützer der parlamentarischen Regierung und als stärkstes Bollwerk der Republik erwiesen. **Sein scharfes Urteil, sein furchtloser Mut, sein Patriotismus und die Liebe zu seinem Volke gäben ihm auf der Grundlage seiner Deutschland geleisteten beispiellosen Dienste ein Ansehen und einen Einfluß, wie sie kein anderes Staatsoberhaupt in der Welt zur Zeit besitze.** Trotzdem übe er seine Macht und seinen Einfluß immer nur zur Unterstützung der verfassungsmäßigen Regierung und zur Stärkung der Republik aus.

Ein bedenkliches Zeichen

Zwangsversteigerung auf Rügen gesprengt.

Putbus, 18. März. In einer Inventarversteigerung in Grabnitz bei Rambin auf Rügen erschienen gestern etwa 100 Bauern. Als die Versteigerung beginnen sollte, bot niemand. Um den Auktionator bei seinen Aufforderungen zu übertönen, wurde von der Menge das Deutschlandlied gesungen. Als dann der Vertreter des Stralsunder landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsvereins, für den die Auktion stattfinden sollte, ein Gebot machte, wurde er verprügelt und entkam nur dank der Hilfe eines Landbundführers. Die Bauern begaben sich dann ruhig wieder nach Hause.

Kenner der hiesigen Gegend und Bevölkerung sehen die Lage als äußerst ernst an, da noch sehr viele landwirtschaftliche Zwangsversteigerungen bevorstehen. Unter diesen Umständen rechnet man mit der Möglichkeit ernster Unruhen.

•

Dieser Vorgang sollte die Behörden zur Vorsicht mahnen. Wir haben schon wiederholt von unnötigen Härten bei der Eintreibung von Steuerrückständen in landwirtschaftlichen Gebieten berichten müssen. Klugheit und Verständnis für die Notlage des Volkes sollte Maßnahmen unmöglich machen, deren Folgen höchst bedenklicher Natur sein könnten.

Deutsche Eisenbahner nach Rußland?

Zu den Meldungen, daß zwischen der Sowjetregierung und der deutschen Reichsbahnverwaltung Vereinbarungen getroffen worden seien, zur Reorganisation der russischen Bahnen, wird von zuständiger Stelle folgendes mitgeteilt:

Die sowjet-russische Handelsvertretung ist an die Reichsbahn-Verwaltung mit der Bitte herangetreten, zwei erfahrene Eisenbahner zwecks Umstellung der Ausbesserungswerkstätten nach Rußland zu beurlauben. Gleichzeitig ist auch die Bitte ausgesprochen worden, einer größeren Anzahl von russischen Staatsangehörigen das Studium und die Ausbildung in deutschen Ausbesserungswerkstätten zu gestatten. Zu einem Abschluß haben diese Verhandlungen entgegen anderslautenden Meldungen noch nicht geführt. Die Entscheidung über das Verlangen der russischen Behörden hängt lediglich von der Reichsbahnverwaltung ab.

* **Vorläufig keine russisch-chinesische Konferenz.** Die chinesische Zentralregierung hat beschlossen, vorläufig keine Einberufung der russisch-chinesischen Konferenz in Moskau zu betreiben und die chinesischen Bevollmächtigten, die für diese Konferenz bestimmt waren, von ihrer Stellung wieder zu entheben.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten: Wechselhaftes, unbeständiges Wetter mit vereinzelten Schauern. Temperaturen schwankend, dabei etwas zurückgehend. Oberes Erzgebirge im späteren Verlauf leichter Frost und Schneeschauer. Oestliche bis nördliche Winde, zeitweise etwas böig, in den freieren Gebirgslagen lebhaft.